

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Vorkauf 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für amtierenden Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einsch. Umrahmung. Schwermere und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 134.

Dienstag, den 10. November 1931.

34. Jahrg.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich stehen in ihren Anfängen. Der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, ist nach Paris gefahren, um dort seiner Regierung Bericht zu erstatten, und dort wie hier sucht man nach Wegen, sich einander zu nähern. Einmal wird verständigt, es habe schon eine Annäherung der Meinungen stattgefunden, dann wieder heißt es, die Ansichten gehen weit auseinander. Aber man sollte sich nicht darüber täuschen, daß man zusammenkommen muß. Es gibt keinen Frieden in der Welt, wenn es nicht einen vollkommen aufrichtigen Frieden zwischen Deutschland und Frankreich gibt. Ob vielen Leuten in Deutschland diese Einigung mehr oder weniger angenehm ist, ob viele Leute in Frankreich ebenso denken, ist nur für die Verhandlungen von Belang, nicht aber für das Ziel. Dieses Ziel muß erreicht werden. Je eher, desto besser. Der gegenwärtige und der frühere Zustand ist untragbar, der Schritt zum Unannehmlichen muß getan werden.

Eigenartiger französischer Vorschlag.

Deutsche Bälle als Sicherheit für eine große Wirtlichkeit?

Nach Meldungen aus Paris ist dort jetzt der Vorschlag gemacht worden, die eingefahrenen Kredite in Deutschland, die größtenteils im Februar fällig werden, mit 300 Millionen Pfund besetzt werden, mit Hilfe einer großen internationalen Anleihe zu verlängern. Es soll dabei ein Schuldentilgungsfonds gebildet werden, für den bestimmte deutsche Bälle, Reichsnoten und Sondersteuer als Sicherheit dienen sollen.

Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde nichts mehr und nichts weniger im Gefolge haben, als die Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission zur Überwachung der deutschen öffentlichen Einkünfte, d. h. einen unerträglichen Eingriff in die staatlichen Selbstrechte Deutschlands.

Schrumpfung der Wirtschaft.

Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinsen. Die Zahlung ist ein anderes unerlässliches Mittel zur Verabreichung der Produktionskosten, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen. Leider sagt dieser Satz in der Regierungserklärung vom 13. Oktober ebenso wenig etwas über die Methoden und Wege, auf denen wir zu jenem Ziel „auf uns innigste zu wünschen“ denn nun eigentlich hinführen können, wie sich Dr. Brüning hierüber des näheren in seiner Rede vor dem Reichstag aus dem Zentrumskreis geäußert hat. Zweifellos hat der Reichsanwalt sich mit Absicht so zurückhaltend geäußert, denn es soll ja nun die Aufgabe eines besonderen Ausschusses des Wirtschaftsbeirates werden, jene Methoden und Wege ausfindig zu machen, auf denen man über eine Senkung des Zinsfußes für Kapital- und Kreditgeschäften zu einem Abbau der Erzeugungskosten und damit der Preise gelangen könnte. Wobei freilich gleich eingeschaltet werden muß — Dr. Brüning hat in seiner letzten Rede auch darauf hingewiesen —, daß sich vielfach die Preise von den Herstellungskosten der Waren „emanzipiert“ haben, daß Erzeugung und Handel infolge des Preisfalls der hitzigen Wollentlastung nicht mehr „auf ihre Kosten laufen“. Damit ist natürlich ein für alle Zeiten der Zusammenhang mit dem volkswirtschaftlichen Vermögen, also die Schrumpfung der Wirtschaft „als Folge verurteilt“.

„Senkung der Zinsfüße“ — das spricht und schreibt sich so einfach, das ist leicht und schnell als „Forderung“ aufgestellt. Um so schwerer aber ist es zu verwirklichen. Praktisch ist es wirtschaftlich unmöglich, wenn bei sicheren dem Geldwert der Zins nominal gleich hoch bleibt, also dem Werte nach steigt. Dann macht er einen immer größer werdenden Teil der Erzeugungs- und Handelskosten aus, besonders dann, wenn die Preise wirklich — „real“ — sinken. Die Anormalität wird aber ganz unerträglich wenn die Zinsfüße, wie wir in Deutschland dies nur allzu furchtbar durchleben und durchleben, sogar noch in die Höhe klettern und auf einem überhöhten Niveau stehen bleiben, geradezu mörderisch sind. Aber mit den öffentlichen Lasten, den Steuern, Abgaben, Zinsen, Ge-

bühren usw. ist es ebenso oder vielmehr noch viel schlimmer. Hier ist ja eine Verdoppelung und Verdreifachung eingetreten und das heißt für die Wirtschaft im gleichen Verhältnis, wie der Wert des Geldes anwächst. Nicht bloß unter „zu hohen Zinsfüßen“ leben Landwirtschaft, Grundbesitz, Industrie und Handel, sondern mindestens ebenso oder noch weit mehr unter „zu hohen Steuerfüßen“. Auf diese letzteren kann die öffentliche Hand aber viel eher einen abbauenden Einfluß ausüben als auf das heftig und sehr empfindliche Gebiet der Kreditwürdigkeit und des dort geforderten „Preisfuß“, nämlich des Zinses.

Dem Kapital und Kredit sind auch eine Ware, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage regelt. Leider aber wird die Höhe des Angebots und damit des Preisfußes — ganz wesentlich bestimmt durch das Mißtrau, das der Geldgeber bei der Ausleihe seines Vermögens übernimmt oder zu übernehmen glaubt. Dies Mißtrau läßt er sich entsprechend hoch bezahlen. Und wenn wir jetzt eine schwere Wirtschaftskrise durchmachen, wenn besonders in Deutschland die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Unsicherheit noch vermehren, das Mißtrau der Geldgeber also noch größer machen, dann ist die Höhe des Zinsfußes bei uns zwar durchaus verhängnisvoll, aber wenigstens zum Teil erklärlich. Die Senkung dieser Zinsfüße und damit vielfach auch der Preise müßte eben vor allem von dem Vermögen ausgehen, jene Unsicherheit und die mit ihr verbundene Mißtrau zu beseitigen, also die inneren Gründe der Überhöhung der Zinsfüße in Deutschland. Gesetzliche Ermäßigung des Zinsfußes würde eine Zwangsbeschränkung des Preisfußes für den Kredit bedeuten und ebenso unmöglich sein wie sich etwa der auf dem Kreditmarkt maßgebende Diskontsatz der Reichsbank „kommenzieren“ läßt. Aber mit einer Zwangsbeschränkung der Preise haben wir ja bereits Erfahrungen gemacht, daß sie nicht gerade zu neuen Experimenten reizen sollten. Angebot besteht genug und übergenug, aber die Nachfrage diktiert. Und wenn diese unter dem Druck der sinkenden Kaufkraft steht, dann folgen ihr auch die Preise. Und die Erfahrung hat gelehrt, daß die mehr oder weniger feierliche Antinomie eines offiziellen „Preisabbaues“ zunächst einmal insofern zu schweren wirtschaftlichen Störungen und Entsetzungen führte, als dann immer ein bewußtes „Preisrückgang“, „Kaufkraft“ eintrat, soweit er sich irgendwie nur bemerkbar machen konnte. Das hat wieder zur Folge, daß die Unsicherheit in der Wirtschaft nur noch steigt, daß infolge mangelhafter werdenden Abfluges über den Handel bis zur Erzeugung zurück weitere Einschränkungen erfolgen und schließlich auch das Mißtrau bei der Kreditbegehr, die Mißtrau, beim Zinsfuß gerade geringer wurde. Der Käufer hofft ja, später für das gleiche Geld mehr Ware zu bekommen bzw. die Ware billiger einkaufen zu können. Die wirtschaftlich so verhängnisvollen Folgen des Preisrückgangs der Wollentlastung werden also noch verstärkt durch bewußte Kaufbeschränkung.

Es wird oft und mit recht so viel davon gesprochen, daß die deutschen Preise sich tatsächlich dem Niveau der Weltmarktpreise anzunähern müßten. Aber nicht minder notwendig ist es, daß die von dem Stande der deutschen Wollentlastung diktierten oder zum mindesten stark beeinflussten Vinnpreise wieder den Anschluß an die Erzeugungskosten nehmen können, und zwar durch Ermäßigung jener „fremden“ Kostenteile, die vor allem den Endpreis bestimmen und bisher unverändert fest waren oder gar noch anstiegen. Das ist nicht bloß die Zinsfüße, und wenn man vom Preisabbaue redet, dann sollte der Staat nicht die „Preise“ anpassen, die er für seine Verwaltung oder seine Leistungen fordert.

Wann kommt die Wollentlastung?

Rabbinetsberatung über das Wollentlastungsprogramm.

Das Reichskabinett hat die Richtlinien ausgearbeitet, die für die beiden Unterausschüsse des Wirtschaftsbeirates, die am Dienstag zusammenzutreten, maßgebend sein sollen. Die Aufgabe des einen Ausschusses besteht hauptsächlich in der Behandlung von Lohn- und Preisfragen, während der andere Ausschuss sich mit der Zins- und Kreditfrage beschäftigen soll. Zu unrichtigen Stellen wird angenommen, daß es den beiden Ausschüssen gelingen wird, ihre Arbeiten noch im Laufe dieser Woche zu beenden, so daß der Wirtschaftsbeirat Anfang nächster Woche zusammenzutreten könnte, um die Ergebnisse der Ausschussarbeiten zu einem gemeinsamen Wirtschafts-

programm zu vereinigen, zu dem das Kabinett dann abschließend Stellung nehmen wird. Die schon seit langem erwartete Wollentlastung über das Wollentlastungsprogramm dürfte dann im letzten Drittel des Monats November veröffentlicht werden.

Über Einzelheiten des Programms läßt sich noch nichts sagen, doch gilt es als wahrscheinlich, daß die Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates sich u. a. mit der Frage der Verbilligung der Kredite durch Senkung der Reichsbankzinsen und der Zinsen für Wertpapiere, ferner mit einer etwaigen Änderung der Zölle, unter Umständen auch der Zölle für Lebensmittel, weiter der zollrechtlichen Aufhebung der Kartellbindungen, der weiteren Senkung der Preise für Warenartikel und der Anpassung der Zölle und Gebühre an den herabgesetzten niedrigeren Preisstand beschäftigen werden. Das letztere dürfte unter Umständen die größere Gesamtheit des bisherigen Tarifsystems erhitzen werden. Wie diese Fragen im einzelnen gestaltet werden, hängt jedoch von dem Gang der Beratungen ab.

„Kreditgewährung hat keine Eile“.

Sagt der Verwaltungsrat der Tribünbank.

Die Sitzung des Verwaltungsrates der WBS, in Basel beendet nur zwei Stunden. Die Gewährung eines 60-Millionen-Schilling-Kredites an Österreich, den die Bank von Frankreich der WBS zur Abwicklung eines Teiles des von der Bank von England gewährten Kredites geben wollte, ist vertagt worden, weil nach Ansicht des Verwaltungsrates „die Gewährung eines solchen Kredites nicht den Charakter der Eile habe“. Da gewisse Reformen von Seiten der österreichischen Regierung gemeinsam mit den internationalen Organen in Aussicht genommen worden sind, so hält es der Verwaltungsrat für vorzuziehen, erst ein gewisses Ergebnis dieser Reformen abzuwarten.

Bei solcher Einstellung der Tribünbank dürfte die Erleichterung der finanziellen Sorgen Deutschlands, soviel sie vor dieses Forum kommen, wenig Aussicht auf schnelle Behandlung haben.

Chinesischer Hilferuf nach Genf.

Der Völkerverbund soll helfen.

Die chinesische Regierung hat dem Völkerverbund eine neue Note übermittelt, in der sie den Völkerverbund auffordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den militärischen Vormarsch Japans in der Mandchurei zum Stillstand zu bringen. In der Note wird zum Ausdruck gebracht, daß China alle seine Verpflichtungen gegenüber dem Völkerverbund in der Frage des japanisch-chinesischen Konflikts erfüllt habe, daß die japanische Regierung dagegen bisher nicht habe erkennen lassen, daß sie bereit sei, sich den Bestrebissen des Völkerverbundes zu unterwerfen.

Nach Meldungen der Berliner chinesischen Gesandtschaft haben die chinesischen Truppen die Stellungen am Kommissar wieder zurückerobert. Japanische Flugzeuge seien von den chinesischen Truppen abgeschossen worden.

Japanisches Bombardement auf Tientsin.

Artillerie gegen Plünderer.

In Tientsin ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen. Etwa 1000 bewaffnete Chinesen gingen gegen die öffentlichen Gebäude vor und beschossen das Polizeipräsidium, den Bahnhof und die Regierungsgebäude. Die Wunden konnten zunächst durch chinesische Militär zurückgedrängt werden. Als sie jedoch eine Verletzung von etwa 2000 Mann erlitten, begann das Geschrei von neuem. Die Garnisonen der französischen, amerikanischen und italienischen Konzeptionen stehen in Bereitschaft. Ein Panzerzug Tschinghsuanang ist von Peking nach Tientsin abgegangen.

Einige der feigenkommenen Ausschreitungen teilten mit, daß der Vorwurf von japanischer Seite einfiel worden sei, damit sie einen Vorwand zur Belagerung Tientsins hätten. Die Japaner forderten, daß die Chinesen sofort alle Militär- und Polizeikräfte auf eine Entfernung von 2000 Metern von der japanischen Konzeption in Tientsin zurückziehen sollten. Als die Chinesen dies verweigerten, begannen die Japaner, wie „Daily Express“ meldet, von ihrem Konzeptionsgebiet aus die Stadt zu bombardieren.

Zur Sicherung der Osthilfe.

Die Rotverordnung des Reichspräsidenten.
 Amlich wird mitgeteilt: Zur einseitigen Durchführung der zur Verringerung der Not in den Ostgebieten vorgesehenen Maßnahmen der landwirtschaftlichen Entschädigung wird, wie amlich mitgeteilt wird, ein Reichskommissar für die Osthilfe bestellt. Der Reichskommissar hat ferner die Aufgabe, auch bei den übrigen Maßnahmen zur Verringerung der Not in den Ostgebieten auf eine einheitliche Politik der Reichsregierung und der beteiligten Länderregierungen hinzuwirken. Der Reichskommissar untersteht dem Reichskanzler. Die durch Erlass des Reichspräsidenten errichtete Osthilfe wird aufgelöst. Ihre Aufgaben gehen auf den Reichskommissar für die Osthilfe über. Das Reichsgesetzblatt enthält die Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zur Sicherung der Osthilfe: Der erste Paragraph behandelt die gesetzlichen Bestimmungen, wonach die Landesregierung ausgeschaltet wird. Ferner wird bestimmt, daß die Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden sowie andere Körperschaften des öffentlichen Rechts den mit der Durchführung der Osthilfe betrauten Behörden und Stellen jede zur Durchführung ihrer Aufgaben dienliche Verwaltungshilfe unentgeltlich zu leisten haben. Weiter sieht die Reichsregierung bei der Beteiligung an den Verhandlungen von der Voraussetzung der gleichzeitigen Beteiligung und Ertragung der Leistungen durch Länder und Gemeindeverbände ab. Das Gesetz umfaßt ferner die Länder und die Provinz Ostpreußen von dem im Rahmen der alten Ostpreußenhilfe 1927/28, der Rotverordnung vom 26. Juli 1930 und des Osthilfegesetzes vom 31. März 1931 übernommenen Vermögenswerten. Der Reichsminister der Finanzen bleibt ermächtigt, zur Erhaltung der vom Reiche verbrieferten Hypotheken, Grundstücke in der Zwangsversteigerung mittelbar oder unmittelbar zu erwerben und sie durch eine geeignete Stelle verwalten zu lassen.

Die Präsidentschaft der Preußenkasse.

Klepper aus der Zentralgenossenschaftskasse ausgeschieden.
 Wie der Amtliche Preussische Präsidentschaft mitteilt, ist Präsident Klepper aus seinem Amt als Präsident der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse ausgeschieden. Der neue Präsident der Preußenkasse wird auf Vorschlag des Finanzministers vom preussischen Staatsministerium ernannt werden.

Kurze politische Nachrichten.

In Kaffat hielt der Landesverband Baden der Deutschen Wirtschaftspartei seinen diesjährigen sechsten Parteitag ab. Der Parteitag nahm am Antrag seines Vorsitzenden mit großer Mehrheit eine Entschließung an, in der er von den Gründen, die die Reichsregierung zu ihrer Haltung bei den Abkündigungen bewegen haben, billigen Kenntnis nimmt. Er spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Reichsregierung ihre Bemühungen bei der Reichsregierung um Entlohnung der gegebenen Zusicherungen nachdrücklich fortsetze.

Im Haag ist der Ständige Internationale Gerichtshof zusammengesetzt, um sich auf Grund einer Entschließung des Völkerbundes gütlich über den Danzig-polnischen Streit wegen des Anlaufes und Ausbaus der polnischen Kriegsschiffe im Danziger Hafen zu äußern.

In zuständiger Berliner Stelle wird betont, daß der französische Botschafter François-Poncet für seine Reise nach Paris keinerlei besondere Aufträge der Reichsregierung habe. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung würden in der üblichen Form weitergeführt. Das heißt, daß die Verhandlungen über die Erweiterung der Wehrmacht des NSZ-Auslaufes durch den deutschen Vorkriegs in Paris geführt werden.

Fünf Millionen Mitglieder zählten die Göttinger Verbände am 1. November in der gesamten Volkswirtschaft. Die Mitgliederzahl soll bis Anfang 1932 möglichst auf sechs Millionen erhöht werden.

Klepper zum preussischen Finanzminister ernannt.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat auf Grund des Artikels 48 der preussischen Verfassung den Präsidenten der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse), Otto Klepper, zum Finanzminister ernannt.

Das Urteil im Selldorf-Prozess.

Graf Selldorf zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.
 Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte folgenden Urteil:
 Graf Selldorf und dessen Stabschef Ernst werden wegen einfachen Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Gefängnis, wegen Verleumdung zu 100 Mark Geldstrafe, erlassene zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Jungstabschefmüller, Diplomingenieur Wilhelm Brandt erhält wegen einfachen Landfriedensbruchs sechs Monate Gefängnis. Damerow drei Monate Gefängnis, Schulz vier Monate Gefängnis. Hell, Sagemeister und Samersti werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Die Revision im Bombenlegerprozess verworfen.

Das Altonaer Urteil rechtskräftig.
 Der Dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat, dem Antrag des Reichsanwalts entsprechend, die gegen das Urteil des außerordentlichen Schwurgerichts Altona vom 31. Oktober 1930 im Bombenlegerprozess Wolf und Gernow eingeleiteten Revisionen als unzulässig verworfen. Das Urteil ist damit auch gegen die Angeklagten rechtskräftig geworden, die Revision eingeleitet hatten, und die zum Teil zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden sind.

Generaldirektor Geheimrat Stimming gestorben.

Der Leiter des Norddeutschen Lloyd's.
 Der erste Vorsitzende des Vorstandes des Norddeutschen Lloyd's, Generaldirektor Geheimrat Dr. e. h. Stimming, ist in einem Hamburger Krankenhaus einer Lungenembolie erlegen. Geheimrat Stimming verstarb vor wenigen Tagen bei Verwandten in einem Hamburger Vorort zu Besuch und glitt dort in der Wohnung auf dem Fußboden aus. Er erlitt eine Gehirnerkältung sowie andere Verletzungen, die seine Überführung ins Krankenhaus notwendig machten. Zunächst bestanden seine Befürchtungen. Im Laufe der letzten Tage hat sich jedoch das Befinden Stimmings verbessert, und nun ist er verschieden.

Stimming, der aus Hülshausen an der Erpe stammte und der ein Alter von nur 55 Jahren erreicht hat, hatte die Rechte studiert. Er wurde 1910 ins Reichsmatrimonialamt berufen und schied 1917 aus dem Reichsdienst, um in die Verwaltung des Norddeutschen Lloyd's einzutreten.

Berliner Produktendörse.

Getreide und Mehlarten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.		9. 11. 7. 11.		9. 11. 7. 11.	
Weiß, mähr.	228-231	228-231	Weiß, f. Wn.	10,7-11,0	10,7-11,0
Braunrot	175-178	177-180	Hoßgl. f. Wn.	10,5-11,0	10,5-11,0
Sommergl.	198-200	199-201	Wass.	—	—
Wintergerste	172-175	173-177	Wass.	—	—
Safer, mähr.	180-155	152-157	erhalten, Wst.	24,0-30,0	24,0-30,0
vommergl.	—	—	fl. Speiseerb.	25,0-28,0	25,0-28,0
Westpreuß.	—	—	Wintergerste	—	—
Weizenmehl per 100 kg	—	—	Weißmehl	17,0-19,0	17,0-19,0
fr. Berl. fr.	29,0-28,0	29,0-33,0	Ackerweizen	16,5-18,0	16,5-18,0
Woggenmehl per 100 kg	—	—	Weizen	17,0-20,0	17,0-20,0
fr. Berl. fr.	27,0-30,0	28,0-30,0	Lupine, blaue	11,0-12,5	11,0-12,5
			Lupine, gelbe	13,0-15,0	13,0-15,0
			Erbsen	13,9-14,1	13,9-14,1
			Schnecken	13,4-13,8	13,4-13,8
			Erbsenöl	6,2-6,3	6,2-6,3
			Sonstige	12,1-12,8	12,1-12,8
			Zerfahl.	30/70	—

Amtlicher Teil.

Anordnung

betr. das Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel.
 Vom 31. 10. 1931.

Auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung werden Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Freistaat Verboten bis auf weiteres verboten.
 Das Verbot bezieht sich nicht auf gemöhnliche Zeidenbegängnisse, auf die hergebrachtenzüge von Hochzeitsgesellschaften, auf fischliche Professions-, Bittgänge und Wallfahrten, sowie auf die hergebrachten Zeidenparaden der privilegierten Kriegervereine.

Zumiderhandlungen gegen das Verbot werden gemäß § 9 des Siebenten Teils der Dritten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Befähigung politischer Ausschreitungen v. 6. 10. 1931 (RGBl. I S. 537) nach den Vorschriften der §§ 2 und 3 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Befähigung politischer Ausschreitungen v. 28. 3. 1931 (RGBl. I S. 79) bestraft.

Für völlig unpolitische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel können die Regierungspräsidenten, in Berlin der Polizeipräsident, auf mindestens drei Tage vorher gestellte schriftliche Anträge Ausnahmen zulassen.
 Das Verbot tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 31. Oktober 1931.

Der Minister des Innern. zez. Severing.

Veröffentlichung

Torgau, den 5. November 1931.

Der Landrat. W. h. r.

Veröffentlichung. Annaburg, den 10. November 1931.

Der Amts-Vorsteher.

Locales und Provinziales.

Annaburg, 10. Novbr. (Zwangsvollstreckung). Am gestrigen Tage fand an der hiesigen Gerichtsstelle des Amtsgerichts Pretzin die Zwangsvollstreckung des Müller'schen Gutes in Annaburg statt. Erworben wurde mit einem Höchstbetrage von RM. 126 000.— der Kaufmann W. Teichmüller, Berlin. Die Bekanntheit der Forderungen der Gläubiger ergab ein erhebliches Maß von der wertlosen finanziellen Lage des ehemals stolzen Metzger'schen Gutsbetriebes; betragen doch die Verbindlichkeiten ca. 143 000.— RM., zu denen noch die Kosten der Zwangsverwaltung in Höhe von RM. 8 000.— hinzuzurechnen sind, sodas sich eine Gesamtverpflichtung von rund 151 000.— RM. für den 311 ha großen Betrieb ergab. Als bevorrechtigte Forderungen waren von der gesamten Summe rund 9600.— RM. angemeldet. Die Verteilung, die zwischen sehr lebhaften Auseinandersetzungen der gegnerischen Parteien mit sich brachte, zog sich bis in die späten Nachmittagsstunden hin und drohte mehrmals an unvorhergesehenen Schwierigkeiten einer nochmaligen Verhinderung zu verfallen. Besondere Schwierigkeiten lösten die Frage des Eigentumsrechtes am toten Inventar zu verurteilen, da dasselbe sowohl der Landchaft in Halle, als Hauptgläubigerin, als auch der Kreisparlatie in Torgau übereignet war. Unter solchen Voraussetzungen war bereits Antrag gestellt, den Gutsbetrieb ohne das tote Inventar zu versteigern, bezw. den Verteilungstermin so lenge zu verschieben, bis die Eigentumsrechte am toten Inventar zwischen den genannten Gläubigern geklärt wären. Nachdem das Gericht sich nicht für befehigt erklärt hatte, einen solchen Antrage zu entsprechen, schritt man zur Ermittlung des geringsten Gebotes. Unter Berücksichtigung bisher aufgelaufener Gerichtskosten und Kosten für die Zwangsverwaltung wurden als geringstes Gebot für den gesamten Gutsbetrieb ca. 10 155.— RM. festgesetzt, wozu 2 155.— RM. auf den sogenannten Heidehof (Siebener Stelle von 28 Morg. Größe auf den Gebieten) entfallen sollten. Als Mindestgebot auf den übrigen Gutsbetrieb entfallen sollten. In das Mindestgebot für den Heidehof trat zunächst Frau Sellhorn, ehemals in Annaburg, ein, die mit einer Forderung von rund 6 500.— RM., ebenfalls aus den Gläubigern gehörte; für den übrigen Gutsbetrieb bot die Landchaft als erstes Gebot 100 000.— RM. an. Als weiterer Interessent trat der eingangs erwähnte Kaufmann W. Teichmüller auf, der das Gebot der Landchaft zunächst um 20 000.— RM. überbot und der nach anfänglichen Schwierigkeiten wegen Sicherstellungsleistung, die aber bald losoben wurden, sein Angebot auf 123 000.— RM. erhöhte. Bei der nochmaligen Ausbietung des gesamten Guts-

Viel schneller wird die Wäsche rein, weichst Du sie erst mit Henko ein!

Bitte, sehen Sie sich einmal eine gebrauchte Henko-Lösung nach dem Einweichen an. Sie werden es nicht glauben wollen, wie sehr sie der Wäsche schon Schmutz und Flecke entzogen hat.

Henko erspart Ihnen das mühevoll Vorwaschen, das Einreiben und Bürsten. Nehmen Sie zum Einweichen nichts anderes als

zum Weichmachen des Wassers zum Einweichen der Wäsche!

Was sich seit 50 Jahren bewährt hat, muß gut sein!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719311110-18/fragment/page=0002

betriebs (einschließlich Heidehof) erhöhte der Genannte sein Ge- bot nochmals um weitere 3000.— RM. womit er mit 126000.— RM. Erheber des gesamten ehemals Möller'schen Gutes wurde. Somit ist die Zahl der Zwangsversteigerungen in unserem Orte wieder um eine solche vermehrt und ein in den Jahren der Versteigerung angelegener landwirtschaftlicher Groß- betrieb geht der Auflösung entgegen. Diesem zuletzt sei auch der vielen kleineren Gläubiger gedacht, die bei dieser Versteigerung mit leeren Händen ausgegangen sind, wenn man bedenkt, daß sich gegenüber den Verbindlichkeiten bei dem Versteigerungserlös ein Verlust von RM. 25000.— ergeben hat. Es dürfte noch interessieren, daß der Gutsbetrieb einen Grundvermögenssteuerwert von 218000.— RM. hatte, wovon ca. 35000.— RM. auf das Inventar entfielen. Ermordet wurde der Betrieb vom letzten Besitzer in den Jahren 1919 bis 1923, also in den Jahren der noch allseitig in „guter Erinnerung“ befindlichen Infation.

Annaburg, 10. Noobr. Am 21. November wird in unserem Orte wieder das beliebte Märkische Wandertheater mit einer Aufführung aufwarten. Auf dem Spielplan wird das Angenehme der Lustspiel „Der Doppelschloßhörn“ stehen. Auf die Vorstellung sei schon heute hingewiesen. Näheres siehe im Inseratenteil in einer der nächsten Nummern der Annaburger Zeitung.

Torgau, 9. November. (Wieder eine Raubhanarie.) An der Gießbrückenbrücke zu Torgau ereignete sich am Sonnabend, abends gegen 18 Uhr, wieder eine größere Raubhanarie. Zur angegebenen Zeit wollte ein tschechischer Schleppdampfer mit drei Rähnen im Anhang die Brückenöffnung stromauf passieren. Als der erste Anhangslahn die Brücke erreichte, geriet er ab und der zweite Rahn lief gegen den Pfeiler. Schließlich zerbrach sich. Der dritte Rahn lief gegen den zweiten und wurde led. Die beiden letzten Rähne konnten jedoch das rechtsseitige Ufer unterhalb der Brücke anlaufen. Der ledgewordene Rahn, der Felle, Gummi, Kasko und Stützgerät geladen hat, ließ stark Wasser ein und hatte in kurzer Zeit etwa 140 Meter Hochwasser im Schiff. Seit Sonnabend wird nun mit allen zu Verfügung stehenden Hand- und Dampfmaschinen versucht, den Rahn leer zu pumpen, jedoch nimmt das Wasser sehr wenig ab. Gestern abend ist nun der tschechische Puffmotor „Reichenbach“ eingetroffen, der mit noch 2 tschechischen Dampf- un- unterbrochen pumpt. Das See wurde in der Nacht gefunden.

Zalkenberg, 9. November. Am Sonnabendvormittag machten Arbeiter, welche Ausschachtungsarbeiten am Neugraben ausführten, einen unangenehmen Fund. In einem Sad verpackt wurde die Leiche eines ausgebildeten neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts im Wasser aufgefunden. Wochen muß es schon her sein, als dem Kinde das fähige Grab bereitet wurde, dabei nicht bedenken, daß diesem Ge- sehen eines Tages eine Entdeckung folgen könne. Die Unter- suchung, ob das Kind gelebt oder todegeboren, ergab keine rechte Feststellung, da der Körper schon in Verwesung über- ging. Er wurde am Nachmittag auf dem Friedhof beigelegt. Alles Nähere dürften die Ermittlungen ergeben.

Dommitzsch. (Motorloses Fliegen.) Der Segelflug- sport fohrt auch in Dommitzsch Fuß. Am Sonntag war die Fliegergruppe Laucha mit einem Segelflugzeug hier, um das Gelände am Fuchsberg bei Falkenberg auszusuchen, ob es sich überhaupt für den Segelflug eignet. 25 mal startete das Flugzeug, ein Zeichen für die Eignung des Geländes. Natürlich müssen noch einige Vorarbeiten geleistet werden, wenn der Startplatz allen Anforderungen genügen soll. Die Ortsgruppe Dommitzsch beschäftigt sich mit dem Bau eines Segelflugzeuges.

Jessen. In dieser Woche finden zwei Märkte statt. Der Obstbauverein Jessen hat auf Freitag, den 13. d. Mts., seinen zweiten Obstverkauf gelegt. Winterobst wird in aller- erster Linie zur Ausstellung gebracht werden. Zweifellost werden die Obstahemer alles Schöne wieder miteinander finden, so daß ein Besuch nur zu empfehlen ist. — Am Sonnabend findet ein Viehmarkt statt, einer der größten des Jahres. Auf Montag, den 16. November, ist dann der Herbstjahrmart gelegt.

Elster, 7. November. (Reich tritt der Tod den Men- schen an.) Gestern mittag befuhr der 28 Jahre alte Motor- radfahrer Paul Adamik aus Zahna die Straße Herbestga- Elster. plötzlich fiel er vom Rade und war tot. Der hin- zugeogene Arzt stellte fest, daß der Sturz auf einen Schwäche- anfall zurückzuführen ist. Dabei fiel der Fahrer so unglück- lich, daß er das Genick brach. Man brachte die Leiche nach Zahna.

Wittenberg. (Undant ist der Welt Lohn.) Ein Wanderburche hat in der Nacht vom Mittwoch zum Donner- tag in Treuenbriehen auf der Beckiner Chaussee den Fahrer eines von Potsdam nach Zwickau fahrenden Lastkraftwagens um die Erlaubnis, mitfahren zu dürfen. Dies wurde ihm gewährt. Als der Lastwagen, der mit Umzugsgut beladen war, in Bannigtau hielt, war der Sandwerksburche unter Mitnahme von zwei fast neuen Mänteln (Herren- und Damenmantel) verschwand. Er hatte die Freundlichkeit des Lastwagenfahrers mit ihm dem Undant gelohnt. Vor Untauf des Diebesgutes wird gewart.

Wartenburg, 7. November. (Brandstiftung.) Heute morgen gegen 5 Uhr sind Scheune und Stall des Land- wirts Appell abgebrannt. Durch schnelles und energisches Eingreifen der Feuerwehren aus Wartenburg und Umgegend konnte ein Uebergreifen des Feuers auf die große Scheune,

in welcher sich die landwirtschaftlichen Maschinen usw. be- fanden, glücklicherweise verhindert werden. Nach dreistündiger Arbeit konnten die Behälter die Brandstätte verlassen. Ver- brennt sind lediglich Futtermittel. Soweit die bisherige Untersuchung ergab, wurde festgestellt, daß eine Brandstiftung vorliegt. Der Täter ist noch nicht ermittelt. Sachdienliche Wahrnehmungen nimmt die hiesige Landjägerei unter Zu- sicherung einer Belohnung entgegen.

Bad Liebenwerda, 9. November. In der Nacht zum Sonnabend wurde der Privatmann Br. von hier das Opfer eines Straßenräubers. Er war am Freitag verreist und kam mit dem letzten Zuge in Elsterwerda an. Da er keinen Anstich nach Bad Liebenwerda hatte, unternahm er etwa 70jährige die Weiterreise nach hier zu Fuß. Auf der Land- straße kam ihm ein Motorradfahrer entgegen, der den alten Mann absichtlich mit dem Motorrad streifte und zu Boden schleuderte. Er wurde ohnmächtig und vom dem Fahrer beraubt. Als er wieder zu sich kam, fehlten ihm Gut und Geldbörse und der Räuber war verschwunden. Mit Mühe schleppte sich der Ueberfallene nach Hause, wo er an den Folgen des gemainen Ueberfalles noch leidet.

Schönebeck, 9. November. (Sartes Urteil für einen „Scherz.“) Ein hiesiger Einwohner hatte sich ein Leicht- motorrad angeschafft, das aber von der Polizei nicht zuge- lassen wurde. Darauf machte sich ein Droßli den Spaß, das Rad rot anzufreihen und auf der Kennnummer in Form eines Polizeistempels die Worte: „Der stolende Roland von Schönebeck“ anzubringen. Ein Schupmann erstattete eines Tages Anzeige und das Schöffengericht befahl sich dieser Tage mit dem Fall. Der Droßli erhielt wegen Urkunden- fälschung die ziemlich harte Strafe von drei Monaten Ge- fängnis.

Weinigen. (Dressler Raubüberfall.) Am Sonnabend- vormittag wurde ein Lehmanns einer Weiniger Wäsche- fabrik, das 2000 Mark von einer Bank abgehoben hatte, auf offener Straße von einem etwa 23jährigen Burchen niedergeschlagen und des Geldes beraubt. Der Täter ent- floh auf einem Fahrrad, fuhr einen Bahnenbeamten an, fürzte und flüchtete unter Abgabe von Revolverkugeln in den nahen Wald.

Markt-Kalender.

11. Noobr.: Schweinem. in Herzberg.



Eine gute Nachricht:

Jede Umhüllung eines MAGGI-Suppen-Würfels gilt - auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist - als 1 Gutschein.

Zwangsversteigerung.
Am Freitag, den 13. November 1931, um 13.30 Uhr, versteigerte ich in Raundorf:
1 Antleideschrank m. Spiegel (müßb.), 1 Blüch- sofa mit Umbau, 2 Schweine (je ein Ztr.), 2 Stück Jungvieh (Bulle u. Färse), 1 Radio- Apparat mit Schrank und Lautsprecher, 15 Ztr. Hafer und 1 Drillmaschine (Kühler)
Öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.
Sammelplatz in beiden Galtshöfen daselbst.
Die Versteigerung findet voraussichtlich statt.
Gallo, Obergerichtsvollzieher in Brettn.

Zwangsversteigerung.
Am Donnerstag, den 12. November 1931, um 12 Uhr wird in Annaburg 1 Friseurstuhl öffent- lich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert. Versteigerungsort: Hofhof Dubro. Der Gegenstand ist anderweitig gepfändet.
Finanzamt Torgau (Vollstreckungsstelle).

Viktoria
erklaßtes Fabrikat!
Jeder Käufer wird im Sticken und Stopfen kostenlos angeleitet. An- meldungen können sofort erfolgen.
Fritz Rödler, Fernruf 253
Reparaturwerkstatt — Autolohnfuhren

Die langersehten
Rauchtabak- Haarschnitte
sind eingetroffen!
Kaufen sie ihren Bedarf an Tabak- waren im guten **Fadgeschafft**
Louis Hofmann

3 Zimmer- Wohnung
m. Küche sofort zu vermieten
Schulstraße 7.
1 schön geräumige
Wohnung
preiswert zu vermieten
L. Hofmann,
Torgauerstr. 20.

Kolonialw.- Grundstück
maß. Gebäude, in groß. Dore a. d. Saale, ohne Konk. Pr. 11000 RM. m. Warenbest., Anzahlg. nach Uebereinkunft.
Wilhelm Puhmann Senior,
Holsdorf (Elster).

Lannengrün
hat abzugeben
Schulstraße Nr. 11.
Große Auswahl in neu eingetroffenen
Resten
haben Sie bei
Müller & Junge
Griffergelchäft.

Bestellungen auf
Britetts und Grudekots
nimmt ständig entgegen
J. Kühlig's Nachf.
Inh. Martha Müller
Wühlentstr. 40
Ein großer Posten
Scheuertücher
in guter Qualität zu ver- schiedenen Preislagen.
J. G. Fritzsche.

FÜR 36. MARK
ein flotter
Herren- Ulster
schwere Qualität
Ia. Paßform

So soll Ihr Wintermantel sein

FÜR 48. MARK
tadellos in der Verarbeitung, gediegen und mollig im Stoff und — den Zeiten entsprechend — preiswerter denn je!
Unser heutiges Angebot erfüllt diese Forderung in vollendetster Weise — lassen Sie sich diese Gelegenheit nicht entgehen!

E. Peschke
Ackerstraße 16
Das Haus der guten Qualitäten!

Für die uns zu unserer Hochzeit dargebrachten Glückwünsche, Blumenpenden und Geschenke sagen wir unseren verbindlichsten Dank.

Aribert Hochstetter und Frau

E. E. auf Reisen. Reinilde geb. Kunze.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Gustav Hensel und Frau.
Purzien, den 9. November 1931.

Für die vielen Geschenke und Aufmerksamkeiten zu unserer Vermählung danken herzlichst auch im Namen ihrer Eltern
Willi Hoyer und Frau,
Charlotte geb. Mahlo.
Annaburg, den 9. November 1931.

CARMOL hilft
und darf in keinem Hause fehlen
Rheuma, Hexenschuß,
Kreuz-, Kopf- u. Zahnschmerzen
Hindert schon einmalige Anwendung
Carmol tut wohl.
Preis Nr. 1.10 Doppeltablette Nr. 2.75
Apotheke zu Annaburg — Drogerie Schwarze.

Heute, zu Luthers Geburtstag
empfehle ich:
Martinhörnchen
mit verschiedenen Füllungen,
sowie: Sandvorten und Teegebäck.
Karl Kolbe, Bäckerei u. Konditorei, Tel. 270

Hotel „Goldener Anker“
Sonntag, den 15. November
Kirmesfeier
mit Unterhaltungsmusik.
Dazu empfehle ff. Speisen und Getränke.
Freundlichst ladet ein
Felix Martini und Frau.

Donnerstag früh
frische Seefische
in starrer Eispackung:
Kablian, Hfl. zu den billigsten
Goldbarsch Tagespreisen
Fischfilet o. Gräten
J. G. Fritzsche.



Neuer großer Schlager!
Die Zauberplatte, 6fach bespielt!
Marta Stein.

Heute frische
Büchlinge
Stund 35 Pf.
empfiehlt
Fa. Th. Schulte Nachf.
Brief-Ordner
Schnellhefter
in Quart- und Folioformat
empfiehlt
Herm. Steinbeiß.

Bitte aufbewahren! Bitte aufbewahren!

Die Notzeit und Notverordnungen bringen weitere billige Fleisch- und Wurstpreise!
Rindfleisch
zum Kochen 0.70
zum Schmoren 1.—
(ohne Knochen)
Rouladen 1.10
Schabefleisch 1.—
Speisetalg 0.40
Schweinefleisch
Sauc 0.70
Schinken 0.80
Kotelett 0.80
Ramm 0.80
Rüdenfett 0.80
Lieser 0.80
Gehacktes 0.80
Eisbein im ganzen 0.50
Kalbfleisch 0.80

Wurstwaren
Blut-, Leber- und Süßwurst 0.80
Wettwurst und Polnische 1.—
Jagdwurst, gefüllter Schinken 1.—
Zungen- und Sardellenleberwurst 1.—
Würstchen und Bodwurst 1.—
Schlackwurst und Salami 1/4 Pfd. 0.35, 1.30
Räucherware
Fetter Speck, deutsche Ware 1.—
Magerer Speck, deutsche Ware 1.10
Schinkenpeck 1.20
Rollschinken 1/4 Pfd. 0.35, 1.30
Gehackter Schinken 1/4 Pfd. 0.35, 1.30

Därme zum Hauschlachten
Runde (Kranzdärme) Meter 0.15
Lange (Schloßdärme) Meter 0.50
Rindfleisch zum Hauschlachten, durchgedreht zu Bratwurst 0.90

Die Fleischer-Innung.
Erwarte Mittwoch
frisch. Seefisch
in dicker Eispackung.
J. Kählig's Nachf.
Inh.: Martha Müller, Wählenstr. 40.

Die so gern gerauchten
Rauchtabak-Haarshnitte
sind in allen Preislagen eingetroffen!
J. Kählig's Nachf.
Inh.: Martha Müller, Wählenstraße 40

Neu eingetroffen:
Winterjoppen, Wind-Sacken, Manchester-, Pilot- und gestreifte Herrenhosen,
sowie sämtl. für den Winter benötigte
Unter-Kleidung
Sebastian Schimmeyer.

Fenster, Türen Möbel aller Art
in bekannter Güte und dabei so preiswert empfiehlt
Wilhelm Kunze.

Beim Mantelkauf
Präg' es Dir ein:
Es muß ein sein!

Dreiturm-Mantel
In den Preislagen
28.-, 38.-
48.-, 58.- M.
Carl Quehl.

Konsumgenossenschaftliche Reichswerbewerke!

Gegen
Profitwirtschaft!
Die Parole lautet:
Mitgliedschaft im
KONSUMVEREIN
und dort die in den eigenen
Fabriken der Verbraucher hergestellten
GEG-ERZEUGNISSE
Diejenigen, die sich bisher noch nicht im Konsum-Verein als Mitglied haben eintragen lassen, wollen dies in Ihrem eigenen Interesse unverzüglich tun.
In dieser Woche: Eintritt frei!

Konsum-, Produktiv-, Spar- u. Bauverein
für Annaburg und Umgegend, e. G. m. b. H.
Denken Sie jetzt schon an den Einkauf eines praktischen Weihnachts-Geschenktes in Gestalt einer **Naumann-Nähmaschine** zu haben im ältesten Fach-Geschäft am Platze
H. Meyer sen.
Torgauer Straße 7
Naumann
Drucksachen jeder Art Sauerkoehl
werden schnellstens angefertigt.
empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei. Fa. Th. Schulte Nachf.

Preisfenkung um 20 Prozent.

Was die nächste Notverordnung bringen soll. Nach dem Bericht eines Berliner Montagskaffees wird die nächste Notverordnung, die jetzt vom Reichsstatenrat zusammen mit dem Wirtschaftsausschuss vorbereitet wird, den Wert der Mark um 20 Prozent dadurch erhöhen, daß die Kaufkraft der Mark durch Senkung der Kosten der Waren, der Kredite und schließlich später auch der Kosten für die Arbeitskraft erhöht werden soll.

In der kommenden Notverordnung sollen zunächst alle Kredite in Deutschland durch Senkung der Zinssätze herabgesetzt werden und der zu hohen Zinsen für Wertpapiere herabgesetzt werden. Durch Senkung der Zinssätze und der Zinsschuldensumme, vor allem für Lebensmittel, sollen die Preise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Kaufkraft der Wertschrift angepaßt werden. Die Kartellbindungen sollen zeitweilig aufgehoben werden, damit durch die Konkurrenz eine Senkung der gebundenen Preise erzielt werde. Die Preise der Warenartikel sollen entweder durch den Kartellrat freiwillig herabgesetzt oder die Zwangsverordnung zur Einbahnstraße der Preise im Kleinhandel aufgehoben werden.

Erst wenn durch Senkung der Kredite und der sonstigen Betriebskosten die Preise heruntergegangen sind, würden die Löhne und Gehälter an diesen niedrigen Preisstand angepaßt werden.

Zum Kampfe um das Zugabewesen.

Die Ansicht der Industrie.

Zeit mehreren Jahren geht der Kampf zwischen Anhängern und Gegnern für und wider das Zugabewesen, die sogenannte Wertreflamme. Sie besteht darin, daß manche Industriebetriebe und Geschäfte auf andere Merkmale verzichten und dafür gewisse alltägliche Gebrauchsgegenstände zum Verkauf als Zugabe liefern. Die entscheidenden Umfassen müssen naturgemäß bei allen Merkmalen in der Verkaufspreis mit einfließen werden. Der sich dadurch gebildete fühlende Handel überfließt hierbei, daß es sich in den meisten Fällen

um eine zusätzliche Verabredung

handelt. Einzelne Parteien sind vorwiegend bemüht, ein Zugabeverbot bei der Reichsregierung und im Reichstag durchzusetzen. Der Verband Sächsischer Industrieller hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß ein solches Verbot die deutsche wie auch die sächsische Industrie schwer schädigen müßte, und sich aus diesem Grunde bei den maßgebenden Stellen des Reiches wie der Länderverwaltung mit allem Nachdruck gegen eine derartige Maßnahme eingesetzt. Wenn hier und da Mißbräuche im Zugabewesen vorgekommen sein mögen, so werden diese von den Firmen, welche die Wertreflamme in einwandfreier Form betreiben, selbst auf das schärfste bekämpft. Um sie anzufachen, reichen die bestehenden Bestimmungen des „Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb“ völlig aus. Es für ein generelles Verbot der Wertreflamme eintretenden Kreise des Kleinhandels vorgehen dabei vollkommen.

daß viele Geschäftszweige im Kleinhandel selbst Wertzugaben von ihren Lieferanten entgegennehmen, ja sogar regelmäßig beanspruchen. Als Zugabe an Lebensgeschäfte haben die Fabriken Schaufensterausstattungen, Lichtreflamme, Firmensticker aus Glas und dergleichen zu liefern. Mit dem Abzug anderer Geschäftszweige ist wieder die regelmäßige Zugabe von Kartenpielen, Abschebern aus Porzellan, Erbsenmessern, Fortziehern und dergl. untrennbar verbunden.

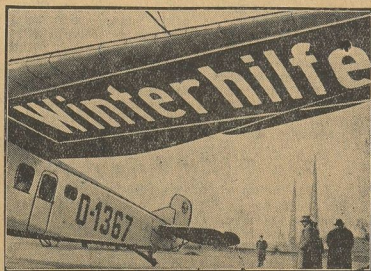
Die Beschäftigung vieler Porzellanfabriken hängt mit dem Befehlen derartiger Wertreflamme zusammen. In Sachsen und Thüringen gibt es Fabriken in der keramischen Industrie, die ganz überwiegend und auf die Dauer mit der Herstellung derartiger Zugabeartikel verbunden sind. Das

Befehlen dieser Fabriken würde durch das geplante Gesetz unmöglich gemacht. Ein weiteres Anzeichen der schon katastrophalen Arbeitslosigkeit müßte die unmittelbare Folge sein.

Wie aus Preisnachrichten hervorgeht, sollen die Zugabegerner darauf drängen, daß die ganze Frage durch die Reichsregierung im Wege der Notverordnung gelöst wird!

Täglich Sprengstoffdiebstahl.

Kassel. Aus einer Steinhammer am Johannisberg-Steinbruch in Eichenhausen ist ein Sprengmeister der gesamte Sprengstoffvorrat gestohlen worden. Die Sprengstoffkammer, die mit einer schweren Vorrichtung verschlossen war, ist gewaltsam erbrochen worden. Wie verlautet, sind insgesamt 27,5 Kilogramm Sprengstoff gestohlen worden. Bei dem Sprengstoff handelt es sich um einen Sicherheits Sprengstoff, der nur mit Hilfe von Sprenglasfen zur Entzündung gebracht werden kann.



Flugzeuge im Dienste der Winterhilfe.

Mehrere Maschinen der Deutschen Luftfahrt tragen auf der Unterseite der Flügel die Aufschrift „Winterhilfe“, um so die Bevölkerung auf die Not ihrer Nächsten aufmerksam zu machen und sie zu Spenden für die Bedürftigen zu bewegen.

Es ist noch lange nicht alles Malzkaffee, was so aussieht!

... oft ist es nichts anderes als Gerste — rohe Gerste, die einfach gekraut ist.

Verlangen Sie Kathreiner! Dann haben Sie richtigen Malzkaffee — und zwar den feinsten, den es überhaupt gibt...

„Straße frei!“

Schon die Teilnahme an verbotenen Demonstrationen unter Strafe gestellt.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober d. J. enthält in § 7 Z. 2 die neue Strafbestimmung: „Wer einen auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungs- oder Verfügungsbefehl zuwiderhandelt, wird nach den Vorschriften der §§ 2, 3 der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (RGBl. I S. 79) bestraft“, worauf von den Polizeibehörden besonders aufmerksam gemacht wird.

Hiernach genügt also jetzt allein schon Teilnahme an einer trotz Verbotes stattfindenden Versammlung zur Verstrafung. Die Mindeststrafe für Teilnahme befristet an einer verbotenen Straßendemonstration beträgt drei Monate Gefängnis.

Kündigungen in der Textilindustrie.

200 000 Arbeiter betroffen.

In den Textilfabriken von Gladbach-Neydt und Umgebung haben die Unternehmer sämtliche Arbeitsverträge, die auf Grund des bisherigen am 10. Oktober abgelaufenen Lohnvertrages abgeschlossen waren, aufgekündigt. Vor Ablauf der Kündigungsfrist soll nach der Bekanntmachung der Arbeiter ein Anzeigebot zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses gemacht werden.

Ähnliche Maßnahmen sind in fast allen scheinlich wirtschaftlichen Bezirken von den Arbeitgebern in der Textilindustrie getroffen worden, soweit die bisherigen Lohnverträge nicht mehr in Geltung sind. Von den Kündigungen werden rund 200 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

5 Prozent Lohnsenkung in der westfälischen Textilindustrie

Der Landespräsident in Leipzig hat im Lohnstreit in der westfälischen Textilindustrie folgenden Schiedsspruch gefällt: Am 10. November werden die Löhne mit Ausnahme für die 14- bis 16jährigen Arbeiter um 5 Prozent gekürzt. Die Reintegration gilt bis Jahresende.

Die „Schwarze Kladder“ im Ellaref-Prozess

Kurze Verlegung des Prozesses.

Im Ellaref-Prozess überreichte einer der Verteidiger dem Gericht die sogenannte „Schwarze Kladder“. Er beantragte, eine Anzahl Zeugen darüber zu vernahmen, daß die Schwarze Kladder

von dem verstorbenen RWS-Direktor Kieburg angelegt worden sei, damit hier Vorklagen an Persönlichkeiten, die bevorzugt besetzt werden sollten, eingetragen würden. Nach Anweisung Kieburgs sollten diese Kladder nicht gemacht werden, was zur Folge hatte, daß sie für die Rechnungen überhaupt nicht oder nur schleppend beglichen. Die Kladder hätten bei Übernahme der RWS dieses System übernommen. Als Zeugen sind in dem Beweisurteil n. a. V i r g e r m e i e r S c h o l z und Frau, S t a d t h a u s t a t B l i e r und der frühere D e r b i r g e r m e i e r W ö s h und Frau genannt. Bei den benannten Zeugen handelt es sich um Persönlichkeiten, deren Namen in der Schwarzen Kladder zu finden sind.

Nach kurzer Unterbrechung der Verhandlung teilte der Gerichtspräsident Prof. S t ö r m e r mit, eine

Untersuchung des Bürgermeisters K o h l habe ergeben, daß dieser an einem neurotischen Erschöpfungszustande und einer schweren Depression leide. Kohl schämte sich vor der Öffentlichkeit. Störmer schlug vor, die Verhandlung für einige Tage auszuschieben. Das Gericht entsprach dem Vorschlag und vertagte die Verhandlung auf Dienstag.

Die goldene Brücke

Roman aus der Wiedererzählung von Anna B o t h e. 82. Fortsetzung

Gelblich war auch die Mama. Dortchen konnte es gar nicht fassen, daß Henriette zuweilen ganz laut, fast lieb zu ihr war. Sie mußte auch anerkennen, daß sich die Mama um ihre Nussche nicht weniger sorgte, als wenn sie ihre rechte Tochter gewesen wäre. Schneiderinnen, Wagnereisen und Weisnerinnen kamen gar nicht aus dem Hause, und die Schäge, die Dortchen mitnehmen sollte, kauften sie immer stillig in den vielen Kammern und Trüben des alten Hauses. Eine Wohnung war bereits gemietet. Nicht vor dem Sabbeschen Tor, wo man den Blick über weite Weiden und Gärten hatte. Dortchen war jedoch bisher nicht zu bewegen gewesen, die Wohnung anzusehen, was Demis und die Eltern erzwangen. Doch Dortchen blieb fest.

„Ich will nicht in die neue Wohnung ziehen“, hatte sie den Eltern erklärt, „warum soll ich sie ansehen? Ich heirate den Demis nicht.“

Nach nie hatte sie ihren Vater so zornig gesehen, so daß die Mama vermittelte mußte.

„Das wird sich finden“, hatte er geantwortet. „Es gäbe genügend Mittel, den Trost eines widerpenflichen Kindes zu beschaffen. Zudem wäre das Gesnerpreden gegeben, und in seiner Familie wäre es nicht Sitte, eingegangene Verpflichtungen nicht zu halten.“

„Da hast du ganz recht, Vater“, hatte Dortchen geantwortet. „Ich habe Demis kein Verprechen gegeben, das halt du bloß getan. Ich aber verpacke einen anderen, seine Frau zu werden, und da ich auch eine Bauerin, muß ich eben mein gegebenes Verprechen halten.“

Wäre Henriette nicht dagewesengetreten, Bebercht Bauer hätte wahrscheinlich in seinem unfruchtigen Storn Dortchen geschlagen. Angelang durfte sie sich gar nicht vor ihrem Vater zeigen lassen. Sein Ausgang wurde ihr erlaubt, wie eine Gefangene wurde sie gehalten. Nur wenn Demis erschien,

wurde sie ins Wohnzimmer beordert. Dortchen sah dann stumm und steif an seiner Seite, so daß wirklich ein großes Maß Gebuld von Demis dazu gehörte, nicht zornig oder unartig zu ihr zu werden.

Einmal hatte Dortchen versucht, Henriette zu bitten, bei dem Vater ein gutes Wort einzulegen, um sie von Demis frei zu machen.

Da hatte Henriette Dortchen ganz merkwürdig angesehen und leise gesagt: „Es tut mir leid, Dortchen. Ich habe keine Macht mehr über deinen Vater. Hätte ich gewollt, wie schwer es dir wird, Ernst zu nehmen, ich hätte die Verlobung vielleicht verhindern können. Aufdrückst bedauere ich, denn ich habe leiblich anders denken gelernt, daß es nun zu spät dazu ist. Es gibt kein Anfechten gegen das unerlöschliche Schicksal. Kind. Wir müssen es alle tragen, du sowohl wie ich.“

Sie tränensüchernen Augen hatte dabei Henriette Dortchen angeblickt, und es war wie ein Erleuchten durch die Mädchenseele gegangen: Sie trägt gewiß noch schwerer als ich an ihrem Los.

Zum ersten Male hatte sich Dortchen freiwillig über der Mutter weise Hände gebeugt, und eine heiße Träne war aus dem blauen Mädchenauge herausgefallen. Dortchen wußte nicht, wie heiß dieses Raß auf Henriettes Hand brannte.

Ganz bekommen wurde es Dortchen oft, wenn sie auf ihre Stiefmutter blickte. Was und sômal war Henriette geworden, aber wunderlich sah sie aus. Der Vater war nach wie vor zärtlich und liebevoll und besorgt gegen seine schöne Frau, heimlich noch liebevoller als sonst. Indessen, Dortchen merkte doch, daß alles fruchtlos geschah. Oft konnte er still dahinsitzen und finstern auf sein junges Weib starren, ohne ein einziges Wort zu reden, besonders, wenn Herr von Rehbarg und andere Herren da waren, die Henriette huldigten. Die Mama war manchmal merkwürdig. Sie lagte überlaut und ihre Augen brannten. Sie sprach viel und gar nicht wie sonst.

Immer wieder gab es gefällige Wendungen im Hause und Festlichkeiten, trotzdem der Arzt Henriette Schonung zur

dringenden Pflicht gemacht, weil ihre Gesundheit außerordentlich zart und angegriffen sei.

Andreas nahm mit seiner Braut fast nie an den Gesellschaften teil. Er hatte sich, ohne seinen Vater zu fragen, eine eigene Wohnung in der Nähe genommen, und kam alle Tage in die Apotheke, um seine Arbeit zu verrichten und eine Sprechstunde für arme Leute im „Laboratorium“ zu halten. Mittags sah er meist auswärts, und abends war er bei seiner Braut.

Bebercht Bauer erfüllte das Betragen seines Sohnes mit tiefem Mißbehagen. Allein, etwas in Andreas Wesen zwang ihn, dem Sohn nicht so scharf entgegenzutreten, wie er es sonst getan hätte. Bebercht Bauer tröstete sich damit, daß nach Dortchens Hochzeit sich alles ändern würde. Dann mußte Andreas die Apotheke übernehmen, und seine Freizeit mit dem reitenden Gehen, die Bebercht sehr gern hatte, würde gemäß Andreas zungänglich und gefälliger machen und alles ausgleichen, was jetzt zwischen ihnen lag.

Dortchen ahnte nicht, daß ihr Vater, der ihr gegenüber seinen eifernden Willen betonte, sich oft um sie sorgte.

Nicht etwa, daß es ihm leid tat, Dortchen in die verhasste Ehe zu zwingen, nein, Dortchens Wesen selbst machte ihm Unruhe und Verdruß.

„Dieses sonst merkwürdige Kind war, wenn es sich um die Ablehnung der Verlobung und Heirat handelte, von einer Festigkeit, ja Härte, die Bebercht Bauer faszinieren mochte. Wenn ihm das Mädel noch zu guterklet einen Streich spielte, hatte er nichts als Stachel und Verdruß.“

Er wollte mal sehen, ob er nicht das widerpenfliche Ding zwingen konnte. Unangenehm war ihm nur, daß Henriette sich jetzt nicht mehr unbedingt auf seine Seite stellte. Henriette! In Gedanken an sie senkte Bebercht Bauer schwer auf.

Was war es nur, was zwischen Henriette und ihm getrieben war? Er liebte sie genau noch so heiß und leidenschaftlich wie einst, aber ein Mißtrauen, für das es gar keine Worte fand, erfüllte seine Seele und nahm ihm jede Freundlichkeit am Dasein.

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Vorkaufsstelle 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Verzögerung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschli. Umzugssteuer. Schmierer und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 134.

Dienstag, den 10. November 1931.

34. Jahrg.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich stehen in ihren Anfängen. Der französische Vorkäufer in Berlin, François-Poncet, ist nach Paris gefahren, um dort seiner Regierung Bericht zu erstatten, und dort wie hier sucht man nach Wegen, sich einander zu nähern. Einmal wird versucht, es habe schon eine Annäherung der Meinungen stattgefunden, dann wieder heißt es, die Ansichten gehen weit auseinander. Aber man sollte sich nicht darüber täuschen, daß man zusammenkommen muß. Es gibt keinen Frieden in der Welt, wenn es nicht einen vollkommen aufrichtigen Frieden zwischen Deutschland und Frankreich gibt. Ob vielen Leuten in Deutschland diese Einigung mehr oder weniger angenehm ist, ob viele Leute in Frankreich ebenso denken, ist nur für die Verhandlungen von Belang, nicht aber für das Ziel. Dieses Ziel muß erreicht werden. Je eher, desto besser. Der gegenwärtige und der frühere Zustand ist unrettbar, der Schritt zum Unvermeidlichen muß getan werden.

Eigenartiger französischer Vorschlag.

Deutsche Bölle als Sicherheit für eine große Anleihe.
Nach Meldungen aus Paris ist dort jetzt der Vorschlag gemacht worden, die eingekauften Kredite in Deutschland, die größtenteils im Februar fällig werden und mit 280 Millionen Pfund besetzt werden, mit Hilfe einer großen internationalen Anleihe zu verlängern. Es soll dabei ein Schuldentilgungsfonds gebildet werden, für den bestimmte deutsche Bölle, Metalle etc. genommen und Sondersteuern als Sicherheit dienen sollen.
Die Verwirklichung dieses Vorschlages würde nichts mehr und nichts weniger im Gefolge haben, als die Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission zur Überwachung der deutschen öffentlichen Einnahmen, d. h. einen unerträglichen Eingriff in die staatlichen Selbstrechte Deutschlands.

Schrumpfung der Wirtschaft.

Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinssätzen, die ihnen ein anderes unerlässliches Mittel zur Verabreichung der Produktionskosten, wenn nur nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen. Leider sagt dieser Satz in der Regierungserklärung vom 13. Oktober ebenso wenig etwas über die Methoden und Wege, auf denen wir zu jenem Ziel „aufs Innigste zu wünschen“ denn man eigentlich hinfommen können, wie sich Dr. Brüning hierüber des näheren in seiner großen Rede vor dem Reichsausschuß der Zentrumspartei geäußert hat. Zweifellos hat der Reichsanwalt sich mit Absicht so zurückhaltend geäußert, denn es soll ja nun die Aufgabe eines besonderen Ausschusses des Wirtschaftsbeirates werden, jene Methoden und Wege ausfindig zu machen, auf denen man über eine Senkung des Zinssfußes für Kapital- und Kreditkredite zu einem Abbau der Produktionskosten und damit der Preise gelangen könnte. Dabei freilich gleich eingeschaltet werden muß — Dr. Brüning hat in seiner letzten Rede auch darauf hingewiesen —, daß sich vielfach die Preise von den Herstellungskosten der Waren „emanzipieren“ haben, daß Erzeugung und Handel infolge des Preisfalls der fälligen Massenaufträge nicht mehr „auf ihre Kosten laufen“. Damit ist natürlich ein großer steigender Substanzverlust am volkswirtschaftlichen Vermögen, also die Schrumpfung der Wirtschaft“ als Folge verknüpft.

„Senkung der Zinssätze“ — das spricht und schreibt sich so einfach, das ist leicht und schnell als „Forderung“ aufgestellt. Um so schwerer aber ist es zu verwirklichen. Praktisch ist es wirtschaftlich unmöglich, wenn bei festem dem Geldwert der Zins nominal gleich hoch bleibt, also dem Werte nach steigt. Dann macht er einen immer größer werdenden Teil der Erzeugnisse- und Handelskosten aus, besonders dann, wenn die Preise wirklich — „real“ — sinken. Die Anormalität wird aber ganz unerträglich, wenn die Zinssätze, wie wir in Deutschland dies nur allzu häufige beobachten und durchleben, sogar nicht in die Höhe klettern und auf einem überhöhten Niveau stehen bleiben, geradezu mörderisch sind. Aber mit den öffentlichen Lasten, den Steuern, Abgaben, Zinsen, Ge-

bühren usw. ist es ebenso oder vielmehr noch viel schlimmer. Hier ist ja eine Verdoppelung und Verdreifachung eingetreten und das steigt sich noch weiter im gleichen Verhältnis, wie der Wert des Geldes anwächst. Nicht bloß unter „zu hohen Zinssätzen“ leiden Landwirtschaft, Grundbesitz, Industrie und Handel, sondern mindestens ebenso oder noch weit mehr unter „zu hohen Zinssätzen“. Auf diese letzteren kann die öffentliche Hand aber viel eher einen abbaubaren Einfluß ausüben als auf das heisse und sehr empfindliche Gebiet der Kreditwirtschaft und des dort geforderten „Preises“, nämlich des Zinses.

Dem Kapital und Kredit sind auch eine Ware, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage regelt. Leider aber wird die Höhe des Angebots — und damit des Preises — ganz wesentlich bestimmt durch das Mißtrauen, das der Geldgeber bei der Ausleihe seines Vermögens übernimmt oder zu übernehmen glaubt. Dies Mißtrauen läßt er sich entsprechend hoch bezahlen. Und wenn wir jetzt eine schwere Wirtschaftskrise durchmachen, wenn besonders in Deutschland die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Unsicherheit noch vergrößern, das Mißtrauen der Geldgeber also noch größer machen, dann ist die Höhe des Zinssfußes bei uns zwar durchaus verhältnismäßig, aber wenigstens zum Teil erklärlich. Die Senkung dieser Zinssätze und damit vielfach auch der Preise müßte eben vor allem von dem Vermögen ausgehen, jene Unsicherheit und die mit ihr verbundene Mißtrauen zu beseitigen. Das ist die innere Grundlage für die Überwindung der Wirtschaftskrise. Eine gesetzliche Ermäßigung des Zinssfußes würde eine Zwangsbeschränkung des Preises für den Kredit bedeuten und ebenso unmöglich sein wie sich etwa der auf dem Kreditmarkt maßgebende Diskontsatz der Reichsbank „kommandieren“ läßt. Aber mit einer Zwangsbeschränkung der Preise haben wir ja bereits Erfahrungen gemacht, daß sie nicht gerade zu neuen Experimenten reizen sollten. Angebot besteht genug und übergenug, aber die Nachfrage diktiert. Und wenn diese unter dem Druck der sinkenden Kaufkraft steht, dann folgen ihr auch die Preise. Und die Erfahrung hat gelehrt, daß die mehr oder weniger gesetzliche Antindubung eines offiziellen „Preisabbaues“ zunächst einmal infolge zu schweren wirtschaftlichen Entzungen und Störungen in der Wirtschaft, als dann immer eine beständige Verunsicherung, eine „Käuferfurcht“ eintritt, soweit er sich irgendwie nur bemerklich macht. Das hat wieder zur Folge, daß die Unsicherheit in der Wirtschaft nur noch tiefer, mangelhafter werdenden Abbaues über den Staat die Erzeugung zurück weitere Einschränkungen und schließlich auch das Mißtrauen bei der Masse der Konsumenten, beim Zinsniegen getrieben wird. Der Käufer hofft ja, später für das gleiche Geld zu bekommen bzw. die Ware billiger einzukaufen. Die wirtschaftlich so verhängnisvollen Folgen der Schrumpfung der Massenaufträge werden verstärkt durch benutzte Kaufbeschränkungen.

Es wird oft und mit recht so viel davon gesagt, daß die deutschen Preise sich rastlos dem Weltmarktpreis anzuleihen müßten. Aber notwendig ist es, daß die von dem Stande der Massenaufträge diktierten oder zum mindesten einfließen Vinnpreise wieder den Anpreisungen so fassen nehmen können, und zwar unabhängig jener „fremden“ Kostenteile, die vom Preis bestimmen und bisher unverrückbar oder gar noch ansteigen. Das sind nicht die Zinsen, und wenn man vom Preisabbaue redet, der Staat nicht die „Preise“ anpassen, die er festsetzt und seine Leistungen fordert.

Wann kommt die Winters-Notverordnung?

Rabbinetsberatung über das Wintersnotgesetz.
Das Reichskabinett hat die Richtlinien an die für die beiden Unteranschüsse des Reichsausschusses am Dienstag zusammenzutreten, maßgebend die Aufgabe von Lohn- und Preisfragen, während der andere Ausschuß sich mit der Zins- und Kreditfrage beschäftigen soll. Zu unterrichteten Stellen wird angenommen, daß es den beiden Ausschüssen gelingen wird, ihre Arbeiten noch im Laufe dieser Woche zu beenden, so daß der Wirtschaftsbeirat Anfang nächster Woche zusammentreten könnte, um die Ergebnisse der Ausschussarbeiten zu einem gemeinsamen Wirtschaft-

programm zu vereinigen, zu dem das Kabinett dann abschließend Stellung nehmen wird. Die schon seit langem erwartete Notverordnung über das Winterwirtschaftsprogramm dürfte dann im letzten Drittel des Monats November veröffentlicht werden.

Über Einzelheiten des Programms läßt sich noch nichts sagen, doch gilt es als wahrscheinlich, daß die Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates sich u. a. mit der Frage der Verbilligung der Kredite durch Senkung der Reichsbankzinsen und der Zinsen für Wertpapiere, ferner mit einer etwaigen Änderung der Bölle, unter Umständen auch der Bölle für Lebensmittel, weiter der Senkung der Steuern in Kartellverbindungen, der weiteren Senkung der Preise für Markenartikel und der Anpassung der Zölle und Gebühren an den herbeizuführenden niedrigeren Preisstand beschäftigen werden. Das letztere dürfte unter Umständen die größere Gestaltung des bisherigen Tarifsystems erfordern werden. Wie diese Fragen im einzelnen gelöst werden, hängt jedoch von dem Gang der Beratungen ab.

„Kreditgewährung hat keine Eile“.

Sagt der Verwaltungsrat der Reichsbank.
Die Sitzung des Verwaltungsrates der RB. in Basel dauerte nur zwei Stunden. Die Gewährung eines 60 Millionen - Schilling - Kredites an Österreich, den die Bank von Frankreich der RB. zur Auslösung eines Teiles des von der Bank von England gewährten Kredites geben wollte, ist vertagt worden, weil nach Ansicht des Verwaltungsrates, die Gewährung eines solchen Kredites nicht den Charakter der Eile habe. Da gewisse Reformen von Seiten der österreichischen Regierung gemeinsam mit den internationalen Organen in Angriff genommen worden sind, so hält es der Verwaltungsrat für vorzuziehen, erst ein gewisses Ergebnis dieser Reformen abzuwarten.
Bei solcher Einstellung der Reichsbank dürfte die Erhebung der finanziellen Sorgen Deutschlands, wenn sie vor dieses Forum kommen, wenig Aussicht auf schnelle Behandlung haben.

Chinesischer Hilferuf nach Genf.

Der Völkerbund soll helfen.
Die chinesische Regierung hat dem Völkerbundrat eine neue Note überreicht, in der sie den Völkerbund auffordert zu ergreifen, um den Mißbrauch der Note zu verhindern, die der Völkerbund zum Zwecke seiner Verpflichtungen gegenüber der japanischen Regierung dazwischenlassen lassen, daß sie bereit sei, Mißbräuchen zu unterwerfen.

Der Berliner chinesischen Gesandten Truppen die Stellungen am Kowloon, japanische Flugzeuge an Truppen abgeschossen worden.

Hardement auf Tientsin.

gegen Pünktler.
Zu schweren Ausschreitungen gewonnene Chinesen gingen gegen vor und beschoßen das Polizeigebäude und die Regierungsgebäude. Die durch chinesische Militär zurückgeführt jedoch eine Verhärkung von Tientsin, begann das Besetzt von der französischen, amerikanischen und anderen Truppen in Bereitschaft. Ein ständiges ist von Peking nach Tientsin aufgestellt worden, japanischer Seite aufgestellt worden. Die Japaner fordern, daß die Chinesen sofort alle Militär- und Polizeitruppe auf eine Entfernung von 2000 Metern von der japanischen Konfession in Tientsin zurückziehen sollten. Als die Chinesen dies verweigerten, begannen die Japaner, wie „Daily Express“ meldet, von ihrem Konfessionsgebiet aus die Stadt zu bombardieren.

